



Stefan Lenzen

Mitglied des Landtags Nordrhein-Westfalen
Sprecher für Arbeit und Soziales der FDP-Landtagsfraktion NRW
Sprecher für Integration und Flüchtlinge der FDP-Landtagsfraktion NRW

Landtag NRW • Stefan Lenzen MdL • Postfach 10 11 43 • 40002 Düsseldorf

Rede zur Aktuellen Stunde:
Wohnungslosigkeit von Frauen eindämmen –
Was tut die Landesregierung?

Platz des Landtags 1
D-40221 Düsseldorf
Telefon: (0211) 884-4408
Fax: (0211) 884-3677
E-Mail: stefan.lenzen
@landtag.nrw.de

Düsseldorf, 11.07.2018

- Es gilt das gesprochene Wort -

Frau Präsidentin, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen!

die bisherige Debatte wirft die Frage auf, ob es Ihnen bei dieser Aktuellen Stunde wirklich um konkrete Hilfen für wohnungslose Frauen geht oder eigentlich nur um den wiederholten Versuch, der NRW-Koalition Einschnitte beim sozialen Wohnungsbau zu unterstellen.

Zum Ersten: Wohnungslosigkeit ist sicher ein Problem und leider können wir sowohl bei Männern, wie auch bei Frauen einen Anstieg der Zahlen beobachten. Im Jahr 2016 waren es über 25.000 Personen, davon ein Viertel Frauen. Dieser Anstieg lässt sich teilweise dadurch erklären, dass dazu auch Flüchtlinge zählen, die nach ihrer Anerkennung keine Wohnung außerhalb der Sammelunterkünfte finden. Hinzu kommen EU-Bürger, die dem rigiden Umgang mit auf der Straße lebenden Obdachlose in den östlichen Mitgliedsstaaten entfliehen.

Bei den Hilfen für diese Menschen sind in erster Linie die Kommunen gefordert. In unserem Bundesland unterstützen wir aber auch die Kommunen, indem wir seit zwei Jahrzehnten mit dem Aktionsprogramm des Landes Informationsaustausch und Beratung anbieten, wissenschaftliche Untersuchungen durchführen sowie diverse Projekte fördern.

Dieses Landesprogramm mit einem Haushaltsansatz von einer Million Euro wurde selbst bei großen Zwängen zu Einsparungen von der früheren CDU/FDP-Landesregierung nicht in Frage gestellt und auch die aktuelle NRW-Koalition beabsichtigt eine Fortsetzung. Es besteht also kein Anlass, daran zu zweifeln, dass sich diese Landesregierung für gezielte Hilfen für wohnungslose Frauen und Männer einsetzt.

Dabei steht für uns vor allem ein präventiver Ansatz von integrierten Hilfen im Vordergrund zum Beispiel bei Mietschulden oder zur Akquise von Wohnraum.

Dazu zählt auch „Housing first“ mit einer Wohnungsvermittlung bei Suchtkranken vor therapeutischen Maßnahmen. Diese Ansätze wollen wir weiterentwickeln.

Anrede,

ich komme jetzt zum zweiten Punkt, dem sozialen Wohnungsbau: Das Wohnraumförderungsprogramm der NRW-Koalition sieht eine Förderung von vier Milliarden Euro über fünf Jahre vor. Damit liegt abgesehen von zusätzlichen Sonderförderungen des Bundes die Wohnraumförderung aus Landesmitteln exakt auf dem Niveau der Vorjahre. Und mit diesen Mitteln können Kommunen und Investoren endlich verlässlich planen.

Die Förderung des Mietwohnungsbaus bleibt auch weiterhin mit allein in diesem Jahr 520 Millionen Euro der klare Schwerpunkt unserer öffentlichen Förderung. Es wird damit nahezu siebenmal so viel Geld für die öffentliche Förderung des mietpreisgebundenen Geschosswohnungsbaus bereitgestellt wie für die Förderung von Wohneigentum. Letztlich sind die Mietwohnraumförderung und die Eigentumsförderung aber doch zwei Seiten derselben Medaille. Mit jeder jungen Familie, die in ihr eigenes Haus ziehen kann, wird gleichzeitig auch wieder eine Mietwohnung frei.

Außerdem können sich die Menschen darauf verlassen, dass zusätzliche Mittel aus Berlin auch für die Förderung neuen Wohnraums in Nordrhein-Westfalen verwendet werden.

Anrede,

Ihre Rechnungen von angeblichen Einschnitten bei der Wohnraumförderung sind also unredlich. Sie versuchen nur Ihr parteipolitisches Spiel zu betreiben, Stimmung bei den verzweifelt Wohnungssuchenden zu machen. So können Sie aber nicht die tatsächlichen Probleme im Lande lösen und den wohnungslosen Frauen und Männern effektiv helfen.

Vielen Dank!